

Rußland: ein Jahrzehnt nach der sowjetischen Informationsdiktatur: scheitern Informationsfreiheit und Demokratie, zerbricht die staatliche Einheit?

Hübner, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hübner, P. (2000). *Rußland: ein Jahrzehnt nach der sowjetischen Informationsdiktatur: scheitern Informationsfreiheit und Demokratie, zerbricht die staatliche Einheit?* (Berichte / BIOst, 2-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41319>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Vorbemerkung.....	7
Rückblick: Die Überwindung der sowjetischen Informationsdiktatur.....	7
Das Haupthindernis für demokratische Reformen in Rußland	11
Die Bedrohung der neuen Medien- und Informationsfreiheit aus den Regionen	16
Regionale Demokratisierungsdefizite als Hebel der nationalen und staatlichen Desintegration Rußlands oder: Wie ist eine Wiedervereinigung Rußlands möglich?	21
Summary	29

7. März 2000

Peter Hübner

Rußland: Ein Jahrzehnt nach der sowjetischen Informationsdiktatur

Scheitern Informationsfreiheit und Demokratie, zerbricht die staatliche Einheit?

Bericht des BIOst Nr. 2/2000

Kurzfassung

Vorbemerkung

Vor dem Hintergrund der überwundenen sowjetischen Informationsdiktatur soll in dieser Arbeit auf einige wesentliche Defizite im Bereich der Medien- und Informationsfreiheit im heutigen Rußland hingewiesen werden. Von diesen Defiziten in einem essentiellen Bereich demokratischer Entwicklung gehen nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die nationale und staatliche Einheit Rußlands Gefahren aus, die Europa und dem Westen nicht gleichgültig sein können.

Ergebnisse

1. Ein zentrales, wenn nicht das zentrale Machterhaltungsinstrument des sowjetischen Regimes war die (versuchte) totale und zielgerichtete Informationskontrolle: die zentralisierte Sammlung von Informationen jeder Art und auf jede Art, eine zentralisierte Informationsverbreitung und die rigorose Ausschaltung konkurrierender Informationsquellen als Kerne möglicher Opposition. Letzteres war die eigentliche Ursache der massenhaften und systematischen Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion und in ihrem Hegemonialbereich. Die notwendigen Kriterien der Informationswertung, -filterung und -verbreitung mußten im Sinne von Einheitlichkeit und Zielgerichtetheit von einer richtungsweisenden Instanz vorgegeben und ihre Einhaltung zentral kontrolliert werden. Diese Instanz war die oberste Parteiführung und in letzter Konsequenz der oberste Parteiführer.

Stalin verkörperte in seiner Person als oberste Ideologie- und Richtlinieninstanz, als "Koryphäe der Wissenschaft" auch in einzelwissenschaftlichen Grundsatzfragen, schließlich als gottähnlicher Superweiser, als "Führer" und "Vater" des internationalen Proletariats und des Sowjetvolkes die in dieser Informationshierarchie angelegte und mit einer ungeheuren Machtfülle gekoppelte Letztinstanzlichkeit.

Aber diese monopolistische Informationshierarchie, die nur mit Zwang, Gewalt und Gewaltandrohung einigermaßen aufrechterhalten werden konnte und deshalb die Bezeichnung Informationsdiktatur verdient, existierte niemals in reiner Form. Es gab immer unkontrollierte Bereiche. Dies belegen Verfolgungsmaßnahmen gegen alle

möglichen Abweichler, soziale Schichten, ja ganze Völker und die Abspaltungen aus dem Sowjetblock. Stalins Tod 1953 beschleunigte den Verfall der Informationsdiktatur vor allem dadurch, weil mit ihm die oberste Wahrheitsinstanz, derer das System bedurfte, verschwand. Nach Stalin setzten Unsicherheit und Zweifel am rechten Weg, Diadochenkämpfe ein. Chruschtschows Geheimrede 1956 bedeutete ein Abrücken von Stalin und seinem Verfolgungsterror, Mut zur Alternative konnte keimen.

Mit vielen Rückschlägen setzte sich der von Dissidenten, von westlichen Sendern und durch den KSZE-Prozeß beförderte Zerfall der sowjetischen Informationsdiktatur fort. Gorbatschows Glasnost war ein letzter Versuch, die KPdSU wieder an die Spitze der Entwicklung zu setzen, um die zu wissenschaftlich-technischer Isolation und ökonomischem Zerfall führende kontraproduktive Informationsdiktatur zu überwinden, ohne jedoch das Machtmonopol der KP zu gefährden. Ihre verlorene Autorität sollte vielmehr durch größere Offenheit zurückgewonnen werden. Gorbatschows lediglich funktionales Verständnis von Glasnost und seine Halbherzigkeit zeigten sich indessen deutlich in Versuchen, das Zensurverbot des sowjetischen Mediengesetzes von 1990 aufzuweichen, das Gesetz selbst zu suspendieren, als die Gefährdung des Systems durch die ungeahnte Expansion von Glasnost offensichtlich wurde. Glasnost ließ sich jedoch nicht in dem ihr zugedachten funktionalen Rahmen halten. Sie hat das schon zuvor stark ausgehöhlte Informationsmonopol der KPdSU schließlich endgültig beseitigt. Damit war auch das Machtfundament der KPdSU, das der Sowjetunion und des sowjetischen Imperiums zerstört. Die Entwicklungsbedingungen für Demokratie schienen nach dem Ende des Sowjetsystems günstig zu sein. Aber neun Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und zehn Jahre nach dem Ende der sowjetischen Informationsdiktatur scheint es immer noch größte Hindernisse für die Demokratie in Rußland zu geben.

2. Die äußerst schleppende und zum Teil fragwürdige Umsetzung des Demokratie-, Rechts- und Bundesstaatsanspruchs der russischen Verfassung von 1993 hat in der Bevölkerung Ernüchterung, Enttäuschung, Mißtrauen insbesondere gegen die demokratischen Institutionen, gegen die "demokratischen" Politiker, ja, gegen die Demokratie überhaupt, gegen Politik und Politiker insgesamt hervorgerufen. Dies wird von demokratiefeindlichen Kräften, Kommunisten und Nationalisten planmäßig für eigene Ziele genutzt.

Bei der Erklärung der Ursachen und des Charakters der derzeitigen Mißstände und Defizite, die logischerweise der Suche nach Wegen zu ihrer Überwindung vorausgehen muß, werden zwei ganz unterschiedliche Ansätze sichtbar, die zum Teil kombiniert, aber auch in reiner Form vertreten werden: Zum einen handelt es sich um einen offen oder verdeckt rassistischen, zum anderen um einen historischen Ansatz:

Ersterer besteht in der Behauptung, Demokratie sei als eine westliche Erfindung für Rußland grundsätzlich ungeeignet – "Rußland ist anders" –, und Rußland müsse daher einen Sonderweg gehen. Der rassistische Kern dieser These wird bei der Überlegung deutlich, daß mit "Rußland" in diesem Zusammenhang nur die "Russen" selbst gemeint sein können, die demnach Demokratie- ungeeignet oder -unfähig seien. Die Reduktion solcher Vorstellungen auf ihren rassistischen Gehalt wird konsequent nur von

extremistischen Gruppen vertreten, die die Andersartigkeit = Höherwertigkeit der Russen, die sie angeblich mit anderen Slawen, Balten, Germanen und anderen Hellhäutigen teilen, durch einen demographischen Ansturm von Juden, Kaukasiern, Asiaten, Farbigen bedroht sehen. Solche offen oder implizit geäußerten rassistischen Ansichten sind auch in großen Parteien wie der KPRF und der LDPR, in deren Wählerschaft, aber auch darüber hinaus weit verbreitet. Sie lassen sich, wie die Rolle der antitschetschenischen Vorurteile im Dumawahlkampf 1999 zeigt, sogar wahlentscheidend instrumentalisieren.

Rassistisch unterlegten Sonderwegsideologien stehen Erklärungsmodelle gegenüber, die den demokratischen "Reformstau" auf eine historische Sonderentwicklung Rußlands zurückführen. Es wird hier zum Teil ein bis in die Spätantike zurückreichendes, nur zeitweise und partiell unterbrochenes, bis in die Gegenwart andauerndes autokratisches, antidemokratisches Kontinuum diagnostiziert. Daraus wird oft auch ein gewissermaßen verinnerlichtes historisches Langzeitgedächtnis der Russen in Gestalt ihrer "russischen Mentalität" abgeleitet, aus der dann wieder im Zirkelschluß die historische Sonderentwicklung Rußlands deduziert wird. Von hier aus ist es nur ein Schritt zu den erwähnten rassistisch unterlegten Sonderwegsideologien.

Dem ist entgegenzuhalten, daß, wie die Geschichte lehrt, eine lange undemokratische Vorgeschichte nicht mit Demokratieunfähigkeit gleichzusetzen ist. Einleuchtender erscheinen Erklärungen, die den Umsetzungsstau demokratischer Reformen auf jüngste, d.h. entscheidende Prägungen durch die sowjetische Vergangenheit zurückführen, die das Vordringen demokratischer Vorstellungen in das Bewußtsein der Menschen und damit auch ihre Umsetzung insbesondere dort behindern, wo es um das Aufbrechen der Kernstrukturen des alten, auf Informationskontrolle basierenden Systems geht.

3. Gorbatschows populäre Glasnost-Politik, das sowjetische und das russische Mediengesetz (1990 bzw. 1991) boten die Chance, daß die Massenmedien zu einem Instrument der öffentlichen Kontrolle der Politiker und damit der Demokratisierung wurden. Aber die von Moskau ausgehenden Standards der Medien- und Informationsfreiheit konnten sich nicht nur in den meisten Bruchstücken der zerfallenen Sowjetunion bisher nicht durchsetzen, sondern sie stießen und stoßen auch in Rußland selbst, vor allem in den russischen Regionen, zunehmend auch in Moskau selbst, auf erhebliche Schwierigkeiten. Die ehemals tonangebende zentrale Moskauer Presse, die seit Gorbatschows Glasnost Standards der Pressefreiheit setzte, verschwand im Laufe der neunziger Jahre aus ökonomischen Gründen fast völlig aus der Provinz. Hinzu kam eine wachsende mentale Distanz der Provinz zu Moskau. In den Regionen gewannen dafür regionale Medien immer größere Verbreitung, die aber weitgehend unter den Einfluß und in die Abhängigkeit vielfach autoritärer regionaler Administrationen gerieten. Der Zustand der Medien- und Informationsfreiheit in den Regionen hat sich in den letzten Jahren wegen der Zunahme restriktiver Maßnahmen rechtlicher, administrativer, ökonomischer, gerichtlicher und krimineller Art vor allem seitens der regionalen Exekutive gegen Medien laufend verschlechtert.

4. Dies bedeutet, daß in vielen Regionen die Medien- und Informationsfreiheit nur sehr eingeschränkt als fundamentaler Faktor der Demokratisierung wirksam werden kann. Dies ist eine außerordentliche, weder im Westen noch in Rußland selbst ausreichend wahrgenommene Gefahr. Sie schlägt sich in einem starken innerrussischen Demokratiegefälle, in dem Zerfall des einheitlichen Rechtsraums Rußland, in einer Tendenz zur Bildung von autoritären regionalen Regimes nach dem Vorbild Lukaschenkas oder Miloševićs ohne Kontrolle durch Parlamente oder Öffentlichkeit (Medien) nieder. Die Folge ist, daß die nationale und staatliche Einheit durch die Abwertung Moskaus als Zentrum und als Symbol eines geeinten Rußlands, durch eine schleichende Desintegration und einen zum Teil militanten Regionalismus unterminiert wird. Die Regionen und Republiken werden zu eigenen Vaterländern. Dabei wird die nach wie vor vertretene These von der Einheit und Größe Rußlands im öffentlichen Diskurs kaum problematisiert und damit immer mehr zu einer realitätsfernen Fiktion. Es ist eine Frage der Zeit, wie lange diese Einheitsfiktion der Realität der inneren Desintegration noch standhält und ob es dann noch einen friedlichen, demokratischen Weg der Wiedervereinigung Rußlands gibt. Wiedervereinigungsdruck und -zwang von seiten des Zentrums würden vermutlich auf Widerstand stoßen und die Klüfte vergrößern. Der zweite Tschetschenienkrieg zeigt allerdings, daß der Kreml die Reintegration sogar mit militärischer Gewalt – und ganz ungewissem Ausgang – zu riskieren bereit ist. Eine friedliche, gewaltfreie Reintegration, eine echte Wiedervereinigung Rußlands ist nur auf freiwilliger, demokratischer Basis möglich. Ausgehen müßte dies von der Herstellung der Medien- und Informationsfreiheit in den Regionen. Ansätze dafür gibt es; sie müßte aber sowohl von Moskau wie aus dem demokratischen Ausland weit entschiedener gegen den Druck regionaler demokratiefeindlicher Politiker unterstützt werden. Ohne diese Bildung von Demokratie von unten her ist ein demokratisches, national und staatlich geeintes Rußland mit einer "civil society" nicht denkbar.

Vorbemerkung

Massenmedien sind ein zentraler Faktor, durch den in den modernen Massengesellschaften und Staatsformen Einstellungen und Verhaltensweisen geprägt werden. Während für Demokratien entscheidend ist, daß die Massenmedien die nötige Freiheit haben, um ungehindert die gewählten politischen Repräsentanten des Volkes einer öffentlichen Bewertung zu unterziehen und sie – im Hinblick auf die jeweils nächsten Wahlen – einem öffentlichen Rechtfertigungsdruck auszusetzen, ist es für diktatorische und autokratische Regime lebenswichtig, vor allem die Massenmedien, aber auch sonstige Informationsträger so unter Kontrolle zu halten, daß die weitere Machtausübung des Regimes nicht gefährdet wird. Idealtypisch erlauben Informationsfreiheit und freie Massenmedien in Verbindung mit freien Wahlen im einen Fall dem Souverän, dem Volk, sein Schicksal selbst zu gestalten; im anderen Fall sind Informations- und Medienkontrolle durch ein Regime das zentrale Instrument, um dessen Herrschaft über das Volk sicherzustellen, das Volk zu manipulieren und es von der Gestaltung seines Schicksals auszuschließen. Der Zustand der Medien- und Informationsfreiheit ist ein wichtiger Gradmesser für den Zustand und die Entwicklungsmöglichkeiten von Demokratie. Europa und dem übrigen Westen kann es nicht gleichgültig sein, wie es um dieses Demokratiekriterium in Rußland bestellt ist. Defizite bei der Medien- und Informationsfreiheit sind grundlegende Demokratiedefizite, die aber auch über die Festigkeit dieses Staates wichtige Auskünfte geben.

Rückblick: Die Überwindung der sowjetischen Informationsdiktatur

Lenin, die anderen bolschewistischen Führer und insbesondere Stalin haben die Baconsche Erkenntnis, daß Wissen, Information Macht ist, in der absurden Übersteigerung, Allwissen bedeute Allmacht, zur Grundmaxime ihres politischen Handelns gemacht. Sie haben Information in breitestem Sinn genutzt, um, einmal an die Macht gekommen, diese Macht der Führerfiguren und obersten Parteigremien zu festigen, die Sowjetunion und das sowjetische Imperium aufzubauen – mit dem Fernziel, ihre Macht über die ganze Welt auszudehnen. Zentrales Instrument dieser Politik war eine von der kommunistischen Parteispitze im Prinzip vollständig kontrollierte Informationspolitik, ein Informations-, Meinungs- und Ideologiemonopol. Letzteres bedeutete nicht nur, daß die Parteispitze für sich in Anspruch nahm, im Marxismus-Leninismus das einzig wahre und allumfassende Welterklärungsmodell zu besitzen, um so andere Lehren, Theorien und Ansätze als gefährliche Irrlehren verbieten zu können, sondern auch die Freiheit, jederzeit jeweils verbindliche Modifikationen dieses Glaubens zu dekretieren. Die verordneten Ideologieschwenks dienten ebenso wie die häufigen Schwenks der "politischen Linie" auch als Test für die Zuverlässigkeit der Untertanen und Gefolgsstaaten. Nur wer sie bedenkenlos mitmachte, konnte – vorerst – als zuverlässig gelten. Potentiell Nonkonforme konnten mit diesem Lackmustest erkannt und isoliert werden, die Macht der Partei(spitze) wurde weiter konsolidiert.

Die Monopolisierung der Informationspolitik wurde tagtäglich umgesetzt: in der zentralisierten Sammlung und Nutzung jeder Art von Information, vor allem politisch

relevanter – darunter an prominenter Stelle Informationen über die Untertanen –, an die man durch Auswertung offener Quellen, durch Überwachung, Bespitzelung, Geheimdienste und Spionage gelangte. Zu dieser Informationspolitik gehörte die zentrale Steuerung der Informationsverbreitung, der Geheimhaltung, der Informationsselektion und der Desinformation auch in den staatlich-parteilich kontrollierten Medien, die zentral gelenkte Agitation und Propaganda und ein zentralisiertes, an den jeweils vorgegebenen Lehrmeinungen orientiertes Erziehungssystem. Eine ganz wesentliche Komponente war schließlich die Unterdrückung und Eliminierung konkurrierender Informationsquellen durch Zensur, Störsender, durch Verfolgung und harte Bestrafung von allen möglichen Trägern alternativer Information als potentiellen Kernen einer politischen Opposition: von Abweichlern in und außerhalb der Partei, von Andersdenkenden und Dissidenten. Dies sollte potentielle Nachahmer abschrecken, jede Möglichkeit der Organisation von Abweichung und Widerstand ab ovo unmöglich machen und die Untertanen in willenslosen Konformismus treiben. Opfer dieser Informationsdiktatur, der Eliminierung alternativer Informationen und Orientierungen waren nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Bevölkerungsschichten: Vertreter der alten Intelligenzija, des Adels, der Geistlichkeit, Gläubige, selbständige Geister in Kunst, Literatur, Wissenschaft, Vertreter der nichtrussischen Intelligenzija, ganze soziale Schichten wie die sogenannten Kulaken, ja ganze Völker, die deportiert und dezimiert wurden. Die Aufrechterhaltung der totalitären Informationspolitik im Interesse der Machterhaltung einer sich kommunistisch nennenden Oligarchie zog die systematischen, oft massenhaften Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion nach sich.

Fernziel dieser Politik war die Schaffung eines im Kommunismus lebenden "neuen Menschen", der gewissermaßen genetisch konform war. Die kommunistischen Führer, besonders Lenin und Stalin, sind hier ein gutes Stück auf dem Wege zur Antiutopie eines Jewgenij Samjatin oder eines Aldous Huxley vorangekommen. In Rußland wird heute immer wieder ernsthaft die Meinung geäußert, die systematische Eliminierung der selbständig Denkenden, Kreativen habe zu einer irreversiblen Deformation und Verarmung des genetischen Fonds der Bevölkerung in der Sowjetunion geführt. Dies ist zwar kaum beweisbar, aber es ist unbestreitbar, daß die Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen eine negative Selektion bewirkt, viele geistige und moralische Traditionen unterbrochen oder in den Untergrund verdrängt, also schwer und dauerhaft geschädigt haben.

Diese Informationspolitik war indessen äußerst kontraproduktiv. Sie lähmte die geistige Elite, führte zur geistigen und wissenschaftlichen Isolation gegenüber dem Ausland, behinderte die wissenschaftlich-technologische und wirtschaftliche Entwicklung und verursachte das zunehmende ökonomische Zurückfallen der Sowjetunion.

Ein machtpolitisch positives Ergebnis dieser Informationsdiktatur war immerhin ein scheinbar monolithischer "einheitlicher Informationsraum" (dieser Begriff tauchte allerdings erst mit nostalgischer Konnotation nach dem Zerfall der UdSSR und der beginnenden Desintegration Rußlands in den neunziger Jahren auf), der die Basis eines einheitlichen, hierarchisch aufgebauten politischen, ökonomischen, militärischen, rechtlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Raums der Sowjetunion war. Ihn konnten die sowjetischen

Führer nach dem Zweiten Weltkrieg nach Ostmittel- und Südosteuropa sowie Ostasien ausdehnen. Sie hofften, ihn unter Nutzung der UN auf die ehemaligen Kolonialgebiete und sonstige Länder der Dritten Welt ausweiten zu können, um diese westlichem Einfluß zu entreißen und langfristig die Weltherrschaft zu erringen.

Aber einen "einheitlichen Informationsraum" dieses Typs in letzter Konsequenz durchzusetzen, ist nicht einmal in der finstersten Stalinzeit gelungen. Der "einheitliche Informationsraum" Sowjetunion war eine Fiktion, von der sich allerdings weltweit viele täuschen ließen. Die sowjetische Informationspolitik hat es verstanden, die Sowjetunion und das sowjetische Imperium für viele glaubhaft als einen Monolithen darzustellen und die zahlreichen Risse zumindest zeitweise zu überdecken. Letztlich hat sich alternative Information aber nicht unterdrücken lassen, so daß die Risse zutage traten und das ganze System 1991 schließlich endgültig zum Einsturz brachten. Im Kern beruhte dieser Vorgang auf der prinzipiellen Unmöglichkeit der Festlegung absolut richtiger Standpunkte und auf der ebenso prinzipiellen Unmöglichkeit totaler Informationskontrolle von einem solchen "absolut richtigen" Standpunkt aus. Der Zerfall mußte dort einsetzen, wo sich die Gegensätze durch Kontrolle und Zwang nicht mehr einebnen ließen: wo die offensichtlichen ideologischen Unstimmigkeiten und Unrichtigkeiten nicht zu beseitigen waren und wo die Unterwerfung unter sowjetisches Diktat Aversionen erzeugt hatte – vor allem in den Randgebieten des Sowjetimperiums.

Der "einheitliche Informationsraum" existierte niemals wirklich, sondern der Geist des Nicht-einverstandenseins lebte, wie die lange Reihe von Verfolgungsmaßnahmen und Säuberungen indirekt beweist. Manifestationen dieses Geistes gab es auch in der angstgelähmten Stalinzeit immer wieder, nicht zuletzt und wiederholt in der sowjetischen KP, und zwar bis in die oberste Spitze hinein, ebenso im sowjetischen Hegemonialbereich. Die Abspaltung Jugoslawiens, dann Chinas und Albaniens vom Sowjetblock, die Aufstände in der DDR, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei dokumentieren dies.

Stalins Tod am 5. März 1953 war hier ein wichtiger beschleunigender Faktor, denn er bedeutete vor allem das Verschwinden der obersten, alles zusammenhaltenden Wahrheitsinstanz, des obersten Richters über falsch und richtig, gut und schlecht, dessen ein System der vollkommenen Informationssteuerung notwendigerweise bedarf, wenn es nicht in Doppeldeutigkeiten, Unsicherheiten, Dissens, schließlich Führungslosigkeit und Chaos enden soll. Stalin verkörperte die höchste Weisheit der Partei; er war – was schon von Lenin im Prinzip des "demokratischen Zentralismus" angelegt war – die oberste politische Autorität der Sowjetunion und dank der weltweiten Führungsrolle der sowjetischen KP auch der weltkommunistischen Bewegung und des internationalen Proletariats. Er war darüber hinaus die oberste Kapazität für die einzig wahre umfassende Welttheorie, den Marxismus-Leninismus, und in dieser Eigenschaft als "Koryphäe der Wissenschaft" oberste Instanz und Wahrheitsrichter auch in fachwissenschaftlichen Streitfragen – seien es Grundfragen der Genetik, der Sprachwissenschaft, der Physik, Chemie oder der Literatur-, Kunst- und Musiktheorie. Stalin verbürgte in dieser Position des gottähnlichen Vaters des Weltproletariats und des Superweisen die Richtigkeit und Sicherheit des von ihm

vorgezeichneten Wegs. Auf ihm lastete auch die Verantwortung für alles, was in seinem Machtbereich vorging. Aber für Fehler konnte natürlich nicht der fehlerfreie Führer, sondern konnten nur "Volksfeinde" verantwortlich sein, die konsequent und hart zu bestrafen waren. Obgleich diese Logik das ganze Volk potentiell und große Teile von ihm tatsächlich zu "Volksfeinden" machte, verbreitete sich, als Stalin starb, zunächst Trauer, Verzweiflung über den Verlust der Schutz und Zukunftssicherheit bietenden Vaterfigur. Das Sowjetvolk und das internationale Proletariat fühlten sich "verwaist". Verunsicherung über die Zukunft verbreitete sich, Diadochenkämpfe in der Parteispitze setzten Zweifel am rechten Weg frei, die bald von Literaten und ersten Samisdat-Publikationen, dann durch Chruschtschows Geheimrede 1956 auch auf die bis dahin sakrosankte Figur Stalins, dessen "Personenkult" man nun geißelte, und die bisherige sowjetische Geschichte ausgedehnt wurden. Das Abrücken von Stalin bedeutete auch ein Abrücken von seinem Verfolgungsterror – der Druck ließ nach, die Angst wich, Mut zur Alternative keimte.

Alternatives Denken und alternative Information wurden am konsequentesten durch Samisdat verbreitet. Ende der fünfziger Jahre kamen die ersten bescheidenen Samisdat-Periodika auf, Mitte der sechziger Jahre gab es die ersten Prozesse gegen Samisdat-Autoren (I. Brodskij, A. Sinjanskij, Ju. Daniel), die einen Solidarisierungseffekt unter "Andersdenkenden" und weitere Verfolgungen auslösten, denn die KPdSU hatte ihren totalen Machtanspruch nach Stalin keineswegs aufgegeben. Die Eskalation von Protest und Verfolgung brachte Ende der sechziger Jahre die "Menschenrechtsbewegung" hervor. Sie bedeutete eine Fundamentalopposition gegen das nach wie vor auf Informationskontrolle gegründete Sowjetsystem, denn die systematische Verbreitung von alternativer Information unter programmatischer Berufung auf Art. 19 der UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948 war ein direkter Angriff auf die Basis der kommunistischen Herrschaft, auf das Informations- und Meinungsmonopol der KPdSU. Entsprechend hart waren die Reaktionen. Aber das geistige Klima änderte sich trotz vieler Rückschläge, nicht zuletzt, weil sich die internationale Öffentlichkeit, aufgerüttelt durch Informationen über die Verfolgung von Dissidenten, die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und nun auch im Westen häufig publizierten Samisdat, für Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR und im sowjetischen Hegemonialbereich intensiv zu interessieren begann. Dazu kam, daß westliche Sender trotz östlicher Störsender im Osten zu Multiplikatoren alternativer Information aus der UdSSR und ihren Satelliten wurden. Schließlich gelang es westlicher Politik, in der Helsinki-Schlußakte von 1975 und im weiteren Helsinki-Prozeß auch die kommunistisch beherrschten Staaten im Sinne der Entspannung angesichts der wechselseitigen nuklearen Bedrohung auf die Anerkennung wichtiger Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens, darunter die Achtung der Menschenrechte und die Freiheit der Information, zu verpflichten. Das "Gift" der Demokratie und der alternativen Information, des Zweifels an der Richtigkeit des von der kommunistischen Partei angeführten opferreichen Marschs in eine nur mühsam durch geschönte Statistiken und Propaganda übertünchte, keinen Vergleich mit dem Westen aushaltende triste Realität breitete sich auch in der kommunistischen Partei aus und führte zu Reformen. Sie blieben, weil die Parteispitze aus traditionellem Machterhaltungstrieb keine echten Alternativen zuließ, halbherzig und erfolglos. Die Autorität der Partei im Volk verfiel

angesichts des krassen Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis, Worten und Taten, Propaganda und Lebensrealität unrettbar.

Gorbatschows Glasnost-Politik war ein letzter Versuch, die Autorität der KPdSU zu retten, indem er sich als Parteichef an die Spitze der Kritiker setzte, um von dort aus den "Umbau" (Perestrojka) der Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Gorbatschows Halbherzigkeit zeigte sich aber darin, daß er Glasnost (Öffentlichkeit) in erster Linie nur funktional als Instrument zur Aufdeckung von bürokratischem "Sand" im sowjetischen Staats- und Wirtschaftsgetriebe betrachtete, nicht aber als Lizenz zu grundsätzlicher Kritik an der KPdSU-Herrschaft. Er versuchte deshalb 1990 als Parteichef und als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR mit Unterstützung konservativer Abgeordneter und gesetzgeberischen Finten, den auf fast abenteuerliche Weise in den Obersten Sowjet gelangten Mediengesetzentwurf dreier Juristen aus dem sowjetischen Akademieinstitut für Staat und Recht (Ju. Baturin, W. Entin, M. Fedotow) aufzuweichen, letztlich aber ohne Erfolg. Dieser Entwurf enthielt vor allem das Verbot der Zensur und das Recht eines jeden Bürgers, ein Medium zu begründen. Das Gesetz ("Pressegesetz") trat mit dem wichtigen Zensurverbot 1990 in Kraft. Gorbatschow hat im Zusammenhang mit der mißglückten gewaltsamen Verhinderung des Austritts Litauens aus der UdSSR 1991 – ebenfalls erfolglos – versucht, das "Pressegesetz" zu suspendieren. Ein sehr viel weitergehendes Glasnost-Gesetz, das von den gleichen Juristen wie das "Pressegesetz" im Institut für Staat und Recht vorbereitet wurde und einen "gläsernen Staat" intendierte, ist schon in einem frühen Entwurfsstadium von der KPdSU gestoppt worden.

Dennoch muß festgehalten werden, daß Gorbatschows Glasnost-Politik und das Mediengesetz von 1990 das zuvor schon durch Samisdat, westliche Rundfunksendungen sowie die schleichende Verbreitung alternativer Informationen und Standards ausgehöhlt Informationsmonopol der KPdSU beseitigt haben. Mit diesem Fundament verlor die KPdSU ihre Macht: Die Abspaltung der baltischen Staaten, der mißlungene Augustputsch 1991, die Auflösung der UdSSR und des Warschauer Paktes bedeuteten, daß das Imperium an sein Ende gekommen war, weil sein fundamentales Machterhaltungsinstrument, das Informationsmonopol einer Machtelite, nicht mehr griff. Die Voraussetzungen für die Entwicklung von Demokratie schienen nach diesem Umbruch auch in Rußland günstig zu sein.

Aber neun Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und zehn Jahre nach dem Zerfall ihres Machtfundaments scheint diese Entwicklung immer noch auf größte Hindernisse zu stoßen.

Das Haupthindernis für demokratische Reformen in Rußland

Die in Art. 1, Abs. 1 der Russischen Verfassung von 1993 gegebene Definition Rußlands als "demokratischer föderaler Rechtsstaat" bedeutet einen hohen *selbstgestellten* Anspruch, dessen praktische Umsetzung Rußland nach über siebenzig Jahren undemokratischer Kommunistenherrschaft in die Familie der demokratischen Staaten eingliedern soll. Die Zeit seit dem Inkrafttreten dieser Verfassung und auch die vorangegangenen Jahre seit

Gorbatschows Perestrojka und insbesondere seit dem fehlgeschlagenen Augustputsch von 1991 mit der nachfolgenden faktischen Entmachtung der Kommunisten (Verbot der KPdSU) haben aber gezeigt, daß die Umsetzung des Demokratie-, Rechts- und Bundesstaatsanspruchs auf größte Schwierigkeiten stößt, wobei alle drei Komponenten eng miteinander verflochten sind. Die positive Konnotation von Vergangenheit in der traditionalistisch-konservativen Feststellung "Zukunft braucht Herkunft" scheint geradezu in ihr Gegenteil verkehrt: Die Vergangenheit lastet schwer auf Gegenwart und Zukunft Rußlands. Sie scheint sie weiterhin prägen zu sollen. Die nach 1991 in Rußland und im Westen gehegte hochgespannte Hoffnung auf einen schnellen und endgültigen Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft, auf die "Unumkehrbarkeit der Reformen" wurde durch den schwierigen Gang der Reformen enttäuscht.

Die eingetretene Ernüchterung, Perspektivlosigkeit und Zukunftsunsicherheit, ja Verzweiflung äußern sich in Rußland auf der Alltagsebene in einem Rückzug ins Private und in den täglichen Überlebenskampf, der immer häufiger mit einer Mißachtung rechtlicher und moralischer Maßstäbe, Regeln und Vorschriften, mit einer Demoralisierung einhergeht und zur Kriminalisierung der Gesellschaft beiträgt, oder umgekehrt in dem Versuch, das Leben ehrlich und mit der Kraft der eigenen Initiative zu organisieren. Auch hierfür gibt es viele Beispiele.

Auf der Ebene der politischen Einstellungen ist die Folge der Enttäuschung vor allem ein verbreitetes Mißtrauen in die neue, demokratisch legitimierte Exekutive, Legislative und Judikative, das von demokratiefeindlichen Kräften, vor allem von kommunistisch-konservativer Seite und von russischen Nationalisten planmäßig zur Mobilisierung antidemokratischer Stimmungen im Sinne eigener Machtinteressen geschürt und ausgenutzt wird. Deren "Ursachenforschung" ist dabei doppelgleisig: Zum einen lastet sie der demokratisch legitimierten Exekutive die Schuld für alle Mißstände an, zum anderen suggeriert sie, die Demokratie als solche sei der Grund allen Übels. Da aber auch Kommunisten und Nationalisten legal nur über demokratische Verfahren an die Macht kommen können und sie infolgedessen eine gewisse demokratische Etikette wahren müssen, wird ihre – heute auch in Rußland imageschädliche – prinzipielle Demokratiefeindlichkeit nach außen abgeschwächt, indem die für Rußland angeblich ungeeignete und fremde westliche Form der Demokratie, überhaupt die westliche Zivilisation und die davon infizierten Demokraten in Rußland für alle Mißstände haftbar gemacht werden.

Die Schuldzuweisung an die Exekutive und an die Reformer ist dabei der harmlosere Aspekt der kommunistisch-nationalistischen "Ursachenforschung". Auch von der demokratischen Opposition – etwa "Jabloko" – wird die Exekutive für Fehlentwicklungen haftbar gemacht. Der Vorwurf, die Reformer in der Exekutive hätten versagt, wird – besonders vor anstehenden Wahlen – durch massive Korruptionsvorwürfe verstärkt. Ein hierbei oft herangezogenes Erklärungsmuster behauptet, die Reformer seien in Wahrheit Vertreter des alten sowjetischen Systems, die sich mit dem einzigen Ziel des Machterhalts und der Selbstbereicherung rechtzeitig auf die Demokratie- und Reformmasche umgestellt und jetzt Staat und Macht privatisiert hätten. Solche Vorwürfe sind zwar in vielen Einzelfällen berechtigt, nicht aber in

ihrer Pauschalität. Besonders unglaublich klingen sie aus dem Munde kommunistischer Politiker, die sich die angeblich so sauberen Verhältnisse der Sowjetzeit zurückwünschen und in den Reformern eigentlich Repräsentanten der guten alten Zeit begrüßen müßten. Mit Hilfe solcher Erklärungen für die derzeitigen Mißstände und durch derartige allzu simple Schuldzuweisungen, die die Reformer absichtsvoll *pauschal* und mit einigem Erfolg auch im Westen zu einer mafiosen Gruppe stempeln, empfehlen sich vor allem Kommunisten und Nationalisten den Wählern als die besseren Demokraten. Selbstverständlich wird von ihnen nicht erwähnt, daß die von Kommunisten und Nationalisten dominierte Staatsduma immer wieder wesentliche Reformvorhaben der Exekutive blockiert hat.

Ernster als dieses wahltaktische Verhalten ist aber, daß das angebliche und oft genug tatsächliche Versagen der Demokraten und Reformer im Amt zur Diskreditierung der Demokratie überhaupt, auch des Begriffs, benutzt wird. Dies fällt in einem Klima der Enttäuschung und des Mißtrauens gegen die demokratischen Institutionen auf fruchtbaren Boden. So gedeiht eine Nostalgie nach der guten alten Sowjetzeit, sogar nach dem Stalinschen Überwachungsstaat, in dem man angeblich in relativem Wohlstand und sicher vor Kriminalität leben konnte – die sowjetische Staats- und Parteikriminalität werden vergessen oder gerechtfertigt, Millionen Hungertote werden verdrängt. Dies verbindet sich oft mit der Sehnsucht nach einem starken Führer, der Rußland gegen den neuerdings wieder als feindlich hingestellten (dies betrifft besonders die USA) Westen, gegen Nichtrussen im eigenen Land und im neuen Ausland zu neuer nationaler Größe und Wohlstand führt. Die Zunahme national-sozialistisch, faschistoid und rassistisch orientierter Gruppierungen nach 1991 und insbesondere in letzter Zeit, deren politisches Spektrum zwischen den Farben Rot, Braun und Schwarz changiert und einer bisweilen gleichzeitigen Bewunderung für Stalin, Hitler, Saddam Hussein und Christus Platz bietet, ist direkter Ausdruck der wachsenden Popularität solcher Einstellungen.¹ Mildere, eher auf intellektuelle Zirkel beschränkte Varianten sehen den Ausweg in einem russischen Sonderweg, der auf frühere, allerdings nur in der Zarenzeit funktionierende Formen russischer Gesellschaftsorganisation wie die Dorfgemeinschaft ("mir") und ihre "Gemeinschaftlichkeit" ("sobornost") idealisierend zurückgreift, oder in einem "eurasischen" Sonderweg.

Der gemeinsame Nenner all dieser disparaten Einstellungen und Sonderwegsideologien ist, daß Demokratie – wie die Praxis zu zeigen scheint – als eine "westliche" Erfindung eine für Rußland ungeeignete Staats- und Regierungsform ist. Daraus ergibt sich, daß die Einführung der "westlichen" Demokratie in Rußland ein verhängnisvoller Fehler war, der rückgängig gemacht werden muß. Diese Argumentation impliziert im Umkehrschluß aber die weitreichende Folgerung, daß Rußland bzw. die Russen für Demokratie entweder *überhaupt* ungeeignet, d.h. "anders", oder aber für sie *noch nicht* reif sind.

¹ Vgl. V. Iljušenko (Hg.), Nužen li Gitler Rossii? Po Materialam Meždunarodnogo foruma "Fašizm v totalitar-nom i posttotalitarnom obščestve: idejnye osnovy, social'naja baza, političeskaja aktivnost". Moskva, 20-22 janvarja 1995 goda, Moskau 1996; A. Verchovskij/V. Pribylovskij/E. Michajlovskaja, Nacionalizm i ksenofobija v rossijskom obščestve, Moskau 1998; M. Messmer, Antisemitismus in Rußland, der Ukraine und Litauen, Berichte des BIOst, 7, 1998.

Die These von der apriorischen, d.h. genetischen Andersartigkeit der Russen hat in Rußland eine nicht zu unterschätzende Anhängerschaft. Dieser rassistische Ansatz macht die andersartigen, d.h. demokratieunfähigen Russen aber nicht etwa zu "Untermenschen", sondern im Gegenteil zu einer herausgehobenen menschlichen Sondergattung, zu einer "Herrenrasse" durchaus im nazistischen Sinn. Zu ihr werden je nach Argumentationsbedarf auch noch andere Slawen, Germanen, Balten und sonstige Hellhäutige gerechnet, die sich des demographischen Ansturms "minderwertiger" Rassen – vor allem Juden, Kaukasier, Asiaten, Farbige – erwehren müssen. Offen und konsequent werden solche Ideen nur von extremistischen Gruppen vertreten, die keine Rücksicht auf politische Etikette nehmen. Aber sie haben durchaus auch bei großen, sich nach außen demokratisch gerierenden politischen Gruppierungen wie der KPRF oder der LDPR viele Anhänger. Dies zeigen u.a. antisemitische oder "antikaukasische" Ausfälle auch prominenter KPRF- und LDPR-Politiker wie z.B. A. Makaschow oder W. Shirinowskij. Solche – wenn überhaupt – als Ausrutscher entschuldigte Äußerungen müssen aber schon deshalb als Symptome einer in diesen Parteien und in deren Wählerschaft breit vertretenen Einstellung gelten, weil sie nicht zu Parteiausschlüssen führen.

Der in der Bevölkerung latente Rassismus läßt sich, wie unlängst die Dumawahlen im Dezember 1999 gezeigt haben, relativ leicht aktivieren und politisch instrumentalisieren: Der Wahlerfolg der den Regierungschef W. Putin unterstützenden Wahlblöcke "Einheit" ("Bär") und "Bündnis der rechten Kräfte" wird übereinstimmend auf Putins harten Kurs gegen Tschetschenien zurückgeführt, während der unerwartete Mißerfolg von "Jabloko" mit Jawlinskijs Distanzierung von dem rücksichtslosen Vorgehen der russischen Truppen auch gegen die Zivilbevölkerung, gegen die Tschetschenen als Volk, in eine direkte Verbindung gebracht wird.² Zu diesen Wahlergebnissen hat entscheidend beigetragen, daß sich in der russischen Bevölkerung Ressentiments, die sich ursprünglich nur gegen "kaukasische" Kriminelle in Rußland, vor allem in russischen Städten richteten, durch behördliche Maßnahmen (Kontrollen, Ausweisungen, Zuzugsverbote) zu allgemein-antikaukasischen Ressentiments auswachsen konnten und als solche offiziell sanktioniert und legitimiert wurden. Durch die tschetschenischen Terroristen in die Schuhe geschobenen Bombenanschläge in Moskau und Wolgodonsk konnten diese Ressentiments zum Volkszorn gegen Tschetschenen, die im Volksmund schon als "Tiere" bezeichnet werden, aufgeheizt und wahlwirksam für den Tschetschenenbekämpfer und Russenrächer Putin instrumentalisiert werden. Gewisse Parallelen zu Hitlers Machtergreifungsmethoden – Nutzung und Schüren rassistischer Einstellungen, Reichstagsbrand – drängen sich auf.

Zweifelloos hätten sich derartige, von der demokratischen Zielsetzung der Verfassung weit abweichende Einstellungen und Orientierungen nicht so stark verbreiten können, wenn der Reformkurs zu schnelleren, vor allem ökonomischen Fortschritten geführt hätte. (Es sollte aber

² Vgl. "Eine gemeinsame Sprache mit den Tschetschenen suchen", in: FAZ, 18.1.2000.

nicht übersehen werden, daß es nach Umfragen³ dennoch große Bevölkerungsteile gibt, die den Reformkurs und demokratische Werte trotz aller Schwierigkeiten prinzipiell und langfristig für richtig halten.) Es handelt sich bei diesen antidemokratischen Orientierungen keineswegs um die Entfaltung angeblich spezifisch russischer Züge politischen Bewußtseins (um spezifisch zu sein, sind sie zu disparat), sondern um Reaktionen auf enttäuschte Hoffnungen, die sich dank einer breiten staatlichen Toleranz auch gegenüber extremistischen Äußerungen fast ungehindert artikulieren können und – unter ähnlichen Umständen – auch in anderen Ländern denkbar sind und vorkommen.

Den rassistisch unterlegten und politisch gefährlichen Sonderwegsideologien der geschilderten Art stehen seriöse Untersuchungen gegenüber, die die Schwierigkeiten und Rückschläge bei den demokratischen Reformen, die vor allem beim Vergleich mit anderen ehemals kommunistisch beherrschten Staaten auffallen, nicht auf eine genetische Andersartigkeit der Russen, sondern auf historische Ursachen, auf eine historische Sonderentwicklung Rußlands zurückführen.⁴ Deren Ursprünge werden dabei zum Teil in sehr weit zurückliegenden Zeiten gesucht. Von der Spätantike über das Kirchenschisma, das "Tatarenjoch", die in Rußland fehlende Renaissance und Reformation, die verspätete Aufklärung wird über den zarischen Autoritarismus und die 74jährige Herrschaft der "roten Zaren" bis in die Gegenwart ein – reformerische, demokratische Ansätze immer wieder überspringendes – undemokratisches Kontinuum diagnostiziert, das wieder einmal in der Gegenwart deutlich in Erscheinung trete und dessen Prolongation in die Zukunft garantiert scheint. Dabei werden als zusätzliche Erklärungsmomente für die Stabilität dieses Kontinuums klimatische, (wirtschafts)geographische, ethnographische, demographische Besonderheiten Rußlands herangezogen.

So interessant, berechtigt und aufschlußreich diese historischen Erklärungsmodelle des "Reformstaus" in Rußland sind, so gefährlich ist die sich daraus scheinbar ergebende Schlußfolgerung, in den *Russen* lebe die lange autoritär-antidemokratische Geschichte fort, die sich in einem historischen Langzeitgedächtnis als "russische Mentalität" verinnerlicht hätte – eine Schlußfolgerung, von der es nur noch ein Schritt zu einer rassistisch unterlegten Sonderwegsideologie ist.

Solche historisch weit ausholenden Erklärungsversuche des gegenwärtigen "Andersseins" oder Sonderwegs Rußlands und der Russen, ihrer historisch konditionierten anscheinend stabilen Europa-, Zivilisations- und Demokratieferne scheinen aber den Umstand nicht

³ Vgl. z.B. vergleichende Umfrageergebnisse des VCIOM von 1989 und 1999 in: Obščaja gazeta (OG), 20, 1999, S. 5; V. Petuchov, Političeskoe učastie rossijan: charakter i formy, osnovnye tendencii, in: Vlast', 1, 1998, S. 48-59; V. Popov, Lezvie britvy, ili Centrizm po-rossijski, in: Rossijskaja gazeta (RG), 24.12.1998; M. Gorškov, Graždane Rossii ob itogach 1998 goda i nadeždach na 1999-j, in: Nezavisimaja gazeta (NG), 25.12.1998; Rossijane o politike i politikach, in: Rossijskie regiony, 9, 1998, S. 26-28; M. Wehner, Kein Linksschwenk in der Krise, in: FAZ, 26.11.1998; M. Gorškov, Strana posle očerednogo krizisa, in: NG, 25.11.1998; J. Levada, Homo soveticus nas ešče ne pokinul. Kakimi my stali za eti 10 let, in: OG, 20, 1999, S. 5; M. Gorškov, Osenie trevogi rossijan, in: NG, 17.10.1997; A. Oslon, Poslednij god Rossii, in: "NG-Scenarij", 4, 1997 (Beilage zu NG, 10.4.1997).

⁴ Vgl. etwa V. Kantor, "... Est' evropejskaja deržava". Rossija: trudnyj put' k civilizacii, Moskau 1997.

ausreichend zu berücksichtigen, daß die Lebensdauer, Langlebigkeit von Verhaltensweisen, Traditionen und Prägungen wohl in erster Linie damit zusammenhängen, wie intensiv konkurrierende Einflüsse waren, wie konsequent sie abgewehrt wurden oder abgewehrt werden konnten – sei es auf der Ebene der Familie, der Gesellschaft, des Staates, der Religion oder auch einfach aufgrund der Unzugänglichkeit bestimmter Regionen. Eine lange autoritäre, nichtdemokratische Vorgeschichte bedeutet, wie die Geschichte lehrt, nicht Demokratieunfähigkeit. Im Prinzip geht es hier um ein Kommunikationsproblem, um das Angebot von konkurrierender Information (Information im weitesten Sinn) und um die unreflektierte oder absichtliche Aufnahme, Duldung oder Verhinderung des Eindringens solcher Informationen (Einflüsse), die vorhandene Prägungen aufweichen oder verdrängen und zu neuen Verhaltensformen, Traditionen, Prägungen von Individuen, gesellschaftlichen Verhältnissen und staatlicher Organisation führen. Es ist dabei naheliegend, daß in der endlosen Kette von aufeinanderfolgenden Einflüssen langanhaltende Perioden einer intensiven Informationsselektion, zumal, wenn sie erst kurze Zeit zurückliegen, tiefere Spuren in den Menschen und damit in der Gesellschaft und im Staatswesen hinterlassen als historisch weiter entfernte Zeiten, deren Abdruck durch seitherige Einflüsse verwischt ist. Die letzte derartige Periode war in Rußland die Sowjetzeit, während derer die Menschen einer planmäßigen, der Etablierung und dem Machterhalt einer neuen Herrschaftselite dienenden staatlich-parteilichen Informationslenkung und -überwachung ausgesetzt waren. Dies hat die innergesellschaftliche Kommunikation und das Verhalten der Menschen tiefgreifend deformiert. Relikte dieser sowjetischen Prägungen machen sich heute gerade dort als Widerstand bemerkbar, wo es um das Aufbrechen der auf Informationslenkung und -kontrolle basierenden Machtstrukturen, um eine Öffnung gegenüber neuen, demokratischen Einflüssen geht. Solche historisch sehr jungen Relikte scheinen das Haupthindernis für die demokratische Entwicklung Rußlands zu sein. Sie behindern vor allem ein Grundelement der Demokratie – die Medien- und Informationsfreiheit.

Die Bedrohung der neuen Medien- und Informationsfreiheit aus den Regionen

Nach dem endgültigen Zerfall des "einheitlichen Informationsraums" sowjetischen Typs hätte ein neuer "einheitlicher Informationsraum" in Rußland entstehen können, dessen Einheitlichkeit nicht mehr auf dem Prinzip einer zentralen Informationskontrolle basierte, sondern auf der landesweit einheitlich angewandten Medien- und Informationsfreiheit, wie sie im sowjetischen Mediengesetz von 1990, dann im russischen Mediengesetz von 1991 und schließlich in der russischen Verfassung von 1993 niedergelegt wurde. Eine besonders günstige Voraussetzung für die Umsetzung dieser Freiheit bestand darin, daß die unter Gorbatschows Glasnost sehr viel offener gewordenen und dann vollends von der Zensur befreiten Massenmedien auf eine außerordentlich positive Resonanz in der Bevölkerung stießen. Dies schlug sich in sprunghaft steigenden Auflagenzahlen und bis heute in Umfragen

nieder, die als eines der wichtigsten oder als wichtigstes bleibendes Ergebnis der politischen Reformen seit 1986 Glasnost bzw. die Medien- und Informationsfreiheit nennen.⁵

Die Massenmedien, die in Rußland und der UdSSR von 1917 bis 1990 der Zensur unterworfen und ein KP-Instrument zur Manipulation des Volkes waren, hatten in Verbindung mit dem neuen Institut der freien Wahlen die Chance, zu der politischen Rolle zu finden, die sie in demokratisch verfaßten Staaten – wozu sich Rußland 1993 in der Verfassung erklärt hat – spielen, nämlich ein Instrument der öffentlichen Kontrolle der Politiker zu werden.

Die Standards der Medien- und Informationsfreiheit haben sich seit der Glasnost-Zeit – ausgehend vor allem von Moskau, wo lange unterdrückte freiheitliche Traditionen wieder auflebten – mit unterschiedlichem Erfolg über die gesamte UdSSR verbreitet. Es begann sich ein anderer, neuer "einheitlicher Informationsraum", der von Glasnost und Befreiung von der Zensur, von Meinungspluralismus geprägt war, zu entwickeln, in dem konsequenterweise auch Platz für reformfeindliche Medien war. Aber ihr Publikum ging rapide zurück. Den Ton gaben jetzt alte, aber demokratisch gewandelte überregionale Moskauer Medien – früher Organe der KP und des Staates – zusammen mit neugegründeten an. Während die alten offiziellen Medien in der Sowjetzeit lange die negativen Standards der Informations*unfreiheit* für das ganze Land verbindlich gemacht hatten, spielten viele von ihnen seit der Glasnost-Zeit und der Befreiung von der KP-Kontrolle eine außerordentlich positive Rolle, weil sie die neuen Standards von Glasnost und Informations*freiheit* landesweit vorlebten.

Aber dieser Impuls war letztlich zu schwach, um die Standards der Medien- und Informationsfreiheit in allen ehemaligen Unionsrepubliken zu verankern. Die Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 führte zudem zur Bildung von meist autoritär geleiteten Staaten, in denen sich vielfach antirussische Tendenzen mit Vorbehalten gegen demokratische Einflüsse aus Moskau verbanden. Dort blieben die Medien unfrei. Auch in Rußland selbst ist die landesweite Verankerung der Medien- und Informationsfreiheit nur teilweise gelungen, hauptsächlich und möglicherweise nicht endgültig bei den überregionalen Moskauer Medien und in den Medien einiger großer Zentren wie St. Petersburg und Jekaterinburg. In den letzten Jahren hat zudem der direkte und indirekte staatliche Druck auf die demokratischen überregionalen Moskauer Medien erheblich zugenommen (siehe auch unten).

Bereits bis 1995 war der demokratisierende Einfluß der Moskauer Medien, insbesondere der der überregionalen Moskauer Presse, in den Regionen stark gesunken.⁶ Dies hat drei Hauptursachen: Zum einen hat die freie Preisbildung im Zuge der Wirtschaftsreformen seit 1992 zu einem astronomischen Kosten- und Preisanstieg für Produktion und Distribution der Presse beigetragen, so daß der Durchschnittsleser bei sinkendem Realeinkommen insbesondere in der Provinz Moskauer Presseerzeugnisse nicht mehr im bisherigen Umfang abonnieren konnte und in sehr vielen Fällen ganz darauf verzichten mußte. Der Kosten- und Preisanstieg

⁵ Vgl. Levada, a.a.O.; Oslon, a.a.O.; Petuchov, a.a.O.

⁶ Vgl. hierzu: P. Hübner, Der Zerfall des "einheitlichen Informationsraums" in Rußland und der ehemaligen Sowjetunion, Teil I: Presselandschaft, Berichte des BIOst, 49, 1995.

bewirkte seit 1992 immer wieder drastische Auflageneinbrüche, so daß die ehemals auch in den Provinzen tonangebende Moskauer Presse heute dort in manchen Fällen statistisch kaum mehr nachweisbar ist und auch keine Standards der Kritik mehr setzen oder Konkurrenz ausüben kann.

Hinzu kommt, daß die Moskauer Erzeugnisse (dies betrifft auch die zentralen elektronischen Medien) inhaltlich den Problemen in den Regionen meist sehr fernstehen und sich nur selten mit den 89 einzelnen Föderationssubjekten und ihren zahlreichen disparaten inneren Problemen befassen. Wenn sie es tun, so geschieht das notwendigerweise selektiv, dazu noch meist aus Moskauer Sicht. Dem entspricht beim Publikum in der Provinz ein verbreitetes Desinteresse für Moskauer oder gesamtstaatliche Probleme, für den politischen Kampf auf Föderationsebene, kurz, eine tiefe mentale Distanz zu Moskau, die bisweilen aggressive Züge annimmt. Das Provinzpublikum interessiert sich vorwiegend für die naheliegenden und lebenswichtigen lokalen und regionalen Angelegenheiten, die in den lokalen und regionalen Medien ausführlicher und aktueller behandelt werden, wenngleich sehr häufig auf einem provinziellen journalistischen Niveau und in den meisten Fällen parteiisch. Diese Interessenverschiebung zu regionalen/lokalen Medien zeigt sich in einer kontinuierlichen, wenn auch durch die wirtschaftliche Rezession stark gebremsten Auflagensteigerung dieser Medien. Sie kommt zum Teil auch dadurch zustande, daß auf lokaler und regionaler Ebene von politischen und kommerziellen Strukturen zunehmend Gratisperiodika verbreitet werden.⁷

Letzteres weist unmittelbar auf die dritte Hauptursache für den Niedergang der überregionalen Moskauer Medien in der russischen Provinz hin, nämlich auf die Tatsache, daß die lokale und regionale Medienlandschaft heute systematisch in die Abhängigkeit von lokalen und regionalen politischen Kräften, vor allem der Exekutive, gebracht worden ist. Die dortigen Behörden behindern sehr oft die Verbreitung überregionaler Moskauer Medien in den Regionen, weil deren Interesse, wenn sie sich überhaupt mit der Provinz befassen, vorrangig den vielen negativen Aspekten der dortigen Entwicklung und den häufigen Machenschaften führender Provinzpolitiker gilt. Diese werden in den Provinzmedien aus naheliegenden Gründen (siehe oben) meist völlig umgangen. Damit dies so bleibt, versuchen viele lokale und regionale Machthaber und Behörden, die Medien in ihrem Machtbereich unter Kontrolle zu halten. Der bekannte Anwalt Genri Resnik formulierte 1994, die Presse besitze nur in Moskau Freiheit, in der Provinz befinde sie sich nach wie vor "unter dem Stiefelabsatz des Obkom (Gebietskomitee der KPdSU), das heute nur anders heißt"⁸. Ein neueres Zitat zeigt – wie auch sehr viele konkrete Berichte über die Lage der Medien in der russischen Provinz –, daß dieser Zustand anhält: "In den allermeisten Regionen existiert eine durchgehende Vertikale: der Gouverneur ist Zar, Gott und Kriegsherr. Früher rief man aus dem Vorzimmer

⁷ Vgl. M. Surov, *Vzaimootnošenija nadregional'noj i regional'noj pressy v Rossii*, in: *Neue Technologien und die Entwicklung der Medien in Rußland und Deutschland*, hg. deutsch-russisch vom Institut für Medienentwicklung und Kommunikation, Frankfurt 1998, S. 125-127.

⁸ Zitiert bei: V. Chamraev, *Vtoraja drevnejšaja mozet stat' pervoj*, in: *Segodnja* (Sg), 16.8.1994.

des Obkom-Sekretärs bei einer Zeitung oder einem TV-Studio an, heute aus dem Vorzimmer des Gouverneurs."⁹

Der Zustand der Medien- und Informationsfreiheit ist deshalb in vielen russischen Regionen besorgniserregend. Nicht nur das altbekannte "Telefonrecht" spielt dabei eine Rolle. Nach Angaben der Moskauer Stiftung zum Schutz der Glasnost wurden 1997 über 50% mehr Verletzungen von Journalistenrechten (426) als 1996 (277) registriert.¹⁰ Die Daten verschlechtern sich offenbar weiter:¹¹ Gewalt und Drohungen gegen Journalisten und Redaktionen, Behinderungen ihrer professionellen Tätigkeit und Unabhängigkeit, Beeinträchtigung der Informationsbeschaffung, der Produktion und Verbreitung von Massenmedien nehmen zu. Überwiegend gehen diese Rechtsverletzungen auf das Konto regionaler Administrationen, der Justiz, der Rechtsschutzorgane und sonstiger regionaler Behörden.

Die weithin sichtbare Spitze eines Eisbergs von sich häufenden Gewaltmaßnahmen sind Mordanschläge gegen Journalisten, die oft nur zufällig nicht mit dem Tod der Opfer enden. Ein typischer Fall war die aufsehenerregende Ermordung (Juni 1998) Larissa Judinas, der Chefredakteurin der einzigen, schon jahrelang vom kalmückischen Regime drangsalierten oppositionellen Zeitung in der Republik Kalmückien "Sovetskaja Kalmykija Segodnja". Dieser Mord hängt nach Ansicht der meisten Beobachter mit Publikationen über finanzielle Unregelmäßigkeiten großen Stils des dortigen Regimes unter Präsident K. Iljumshinow zusammen. Jelzin reagierte empört, die Moskauer Staatsanwaltschaft zog den Fall an sich. Führende "Jabloko"-Vertreter haben sich anlässlich des Mordes an L. Judina, die "Jabloko"-Mitglied war, sehr negativ über den Zustand der Demokratie in Rußland geäußert, so G. Jawlinskij: "Die Lösung politischer Probleme mit kriminellen Methoden wird Praxis in unserem Land. ... Der Despotismus der regionalen Führer dominiert im gesamten Staatsraum."¹²

Neben Gewalttaten gibt es eine breite Palette von Maßnahmen gegen kritische Journalisten, Redaktionen und Medien in der Provinz: Man operiert mit Drohungen, Bestechungsversuchen. Es gibt Gouverneure und Administrationen, die loyale Medien und Journalisten(-verbände) großzügig finanziell/materiell unterstützen, während kritische nichts erhalten oder aus ihren Redaktionsräumen, die oft lokalen oder regionalen Administrationen gehören, herausgeklagt oder einfach vertrieben werden. Gängig ist die Praxis, daß Druckereien – meist im Besitz der öffentlichen Hand – veranlaßt werden, unloyale Presseorgane nicht mehr zu drucken. Die von L. Judina herausgegebene Zeitung mußte zeitweise außerhalb Kalmückiens im benachbarten Wolgograd und Stawropol gedruckt und heimlich nach Kalmückien reimportiert werden – ein Verfahren, das an sowjetische Zeiten

⁹ B. Višnevskij, Spustja 5 let posle krovavych sobytij 1993 goda rossijskaja gosudarstvennost' treščit po švam, in: NG, 3.10.1998.

¹⁰ Ežegodnik Fonda zaščity glasnosti (otčet za 1997 god), Moskau 1998, S. 53-121.

¹¹ Vgl. dazu die monatlichen Monitorings in: Zakonodatel'stvo i praktika sredstv massovoj informacii (ZiP, Moskau), hg. vom "Centr 'Pravo i SMI'" beim "Fond zaščity glasnosti", Moskau.

¹² Zitiert bei: S. Mulin, Oppozicija Iljumšinovu vyšla iz podpol'ja, in: NG, 10.6.1998.

erinnert (Druck kritisch-liberaler russischer, ukrainischer, armenischer Publikationen im liberaleren Litauen. Auch heute noch werden weißrussische Oppositionsblätter in Litauen hergestellt.) Sehr verbreitet sind Beleidigungsklagen von Amtspersonen gegen Journalisten und Redaktionen, die oft mit ruinösen Schadensersatzforderungen verbunden sind. Lokale und regionale Gerichte entscheiden meist im Sinne der Kläger, auch wenn die Klage offensichtlich unbegründet oder absurd ist. Solche Prozesse und harte Urteile, die die Abhängigkeit lokaler und regionaler Gerichte von lokalen oder regionalen Machthabern zeigen, dienen nicht nur der Abstrafung und Ruinierung des jeweiligen unbotmäßigen Journalisten oder Mediums, sondern auch der Konformität schaffenden Abschreckung.¹³ Die Eintracht, die mancherorts zwischen Medien und regionalen, lokalen Potentaten zu herrschen scheint, ist häufig das Ergebnis derartiger Disziplinierungsmaßnahmen. Die Gefügigkeit der Gerichte gegenüber lokalen und regionalen Machthabern und Behörden "bewährt" sich auch in anderen Fällen, etwa wenn Verfahren gegen Journalisten und Redaktionen wegen angeblicher Steuerhinterziehung oder anderer Straftaten fast automatisch zu deren Verurteilung führen oder wenn umgekehrt Klagen von Journalisten und Redaktionen gegen Amtsträger und Behörden wegen Berufsbehinderung, Ungleichbehandlung, polizeilicher Übergriffe, Beschlagnahmen von Auflagen u.ä. regelmäßig abgewiesen oder Verfahren eingestellt werden. Kapitalverbrechen und schwerwiegende Gewalttaten gegen Journalisten werden – ebenso wie solche gegen Politiker und bekannte Geschäftsleute – so gut wie nie aufgeklärt, was den Verdacht der illegalen Beeinflussung der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte hervorruft, zumal die Aufklärungsquote bei den gleichen Delikten wesentlich höher ist, wenn es sich um "normale" Opfer handelt.

Ein in der Provinz oft genutztes Instrument, um regionale und lokale Medien von vornherein auf den rechten Pfad festzulegen, ist das im russischen Mediengesetz (Art. 7) geschaffene Institut des "Mitbegründers" von Medien. Dieser Mitbegründer kann auf die von ihm mitgetragenen Medien über die Personalpolitik ganz legal erheblichen Druck ausüben. Da die meisten Medien in der Provinz finanziell und materiell aus eigener Kraft nicht lebensfähig sind – zumal seit der Finanzkrise vom August 1998, die zu einem dramatischen Rückgang und oft zu einem völligen Versiegen der wichtigen Werbeeinnahmen führte –, drängen sich regionale und lokale Verwaltungen den Medien häufig erfolgreich als "Mitbegründer" und Überlebensgaranten auf.

Vielerorts wird auf die Medien aber auch direkter finanzieller, ökonomischer und administrativer Druck ausgeübt, um sie folgsam zu halten, die Publikation bestimmter Materialien zu verhindern oder durchzusetzen, die Entlassung unliebsamer Journalisten zu erzwingen. In anderen Fällen werden Auflagen beschlagnahmt, oder es wird gesetzwidrig die Einstellung von Medien verfügt und notfalls erzwungen. Auch werden bisweilen mehrere

¹³ Vgl. dazu: Ežegodnik, a.a.O., S. 124-181, 223-232; Ponjatija česti i dostoinstva, oskorblenija i nenormativnosti v tekstach prava i sredstv massovoj informacii. Serija "Žurnalistika i zakon", hg. vom "Fond zaščity glasnosti", Moskau 1997; Ne iski, a kljapy. Sudy obsluživajut vlast', in: Izvestija (Iz), 1.7.1998; M. Chazin, Glasnost', sudy i žurnalisty, in: Iz, 16.7.1998.

Medien von lokalen Machtorganen zwangsweise fusioniert, nationalisiert oder munizipalisiert.¹⁴

Sehr verbreitet als Kampfmittel gegen kritische Journalisten und Medien ist deren systematische Benachteiligung bei der Informationsbeschaffung (Besuchsverbot bei staatlichen Institutionen, Behörden, Organisationen, Ausschluß von Pressekonferenzen, Frageverbot bei Pressekonferenzen, Verbot, dort Aufzeichnungen oder Aufnahmen zu machen, Vorenthaltung von Unterlagen, Dokumenten).¹⁵ Das russische Mediengesetz (Art. 48) bietet hier sogar eine weitere wirksame Handhabe zur Behinderung der Informationsbeschaffung über die Erteilung und den Entzug einer Akkreditierung: Föderale, regionale, lokale Machtorgane sind qua Mediengesetz befugt, Regeln festzulegen, nach denen Akkreditierungen erteilt oder entzogen werden. Ihrer juristischen Phantasie steht hier ein weites Feld offen. Viele entsprechende Regeln insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene zeigen, daß diese Möglichkeit, bestimmte Journalisten und Medien quasi legal von Informationen auszuschließen, zunehmend genutzt wird. Daß sich die Behinderung bei der Informationsbeschaffung auf die Attraktivität von Medien, auf ihre Einnahmen und Überlebensfähigkeit negativ auswirken muß, ist vermutlich Bestandteil des Kalküls der für die Beeinträchtigung Verantwortlichen.

Die juristische Phantasie reicht aber weit darüber hinaus: Nicht nur auf Bundesebene gibt es u.a. gesetzgeberische Initiativen (vor allem der Staatsduma), die auf eine Einschränkung der Medien- und Informationsfreiheit zielen¹⁶ (siehe auch unten), sondern auch auf der Ebene mehrerer Föderationssubjekte (Republiken), wobei die dort niedergelegten Normen vielfach der föderalen Gesetzgebung und sogar der Verfassung widersprechen.¹⁷

Regionale Demokratisierungsdefizite als Hebel der nationalen und staatlichen Desintegration Rußlands oder: Wie ist eine Wiedervereinigung Rußlands möglich?

Der in den Regionen weithin schlechte Zustand der Medien- und Informationsfreiheit bedeutet, daß ein fundamentaler, unverzichtbarer Faktor der Demokratisierung vielerorts nur sehr eingeschränkt wirksam werden kann. Viele regionale und lokale Politiker entziehen sich so einer effizienten Kontrolle durch die Öffentlichkeit, d.h. durch die Wähler, die mit Hilfe der ansässigen Medien planmäßig manipuliert werden. Besonders in der Provinz zeigen sich in der systematischen Beschneidung der Medien- und Informationsfreiheit altbekannte sowjetische Züge. Dies bedeutet für die demokratische Entwicklung Rußlands eine außerordentliche Gefahr, die im Westen aufgrund seiner traditionellen, noch aus Sowjetzeiten

¹⁴ Ežegodnik, a.a.O., S. 93-109.

¹⁵ Ežegodnik, a.a.O., S. 57-92; Žurnalist v poiskach informacii. Serija "Žurnalistika i zakon", hg. vom "Fond zaščity glasnosti", Moskau 1997.

¹⁶ Vgl. dazu: Ežegodnik, a.a.O., S. 11-30; J. Baturin/M. Fedotov/V. Ėntin, Pora li "svjaščennoj korove" na boj-nju, ili čto tait modernizacija zakona o SMI?, in: ZiP, 1-2, 1998, S. 1-6; F. Kravčenko, Popravki k Zakonu o SMI: gotovnost' nomer dva, in: ZiP, 7-8, 1998, S. 18-22.

¹⁷ Ežegodnik, a.a.O., S. 30-36.

stammenden Fixierung auf das politische Leben der Hauptstadt Moskau meist unterschätzt wird. Als Moskau das alles bestimmende Zentrum der UdSSR und des sowjetischen Hegemonialbereichs war, erschien diese Moskau-Fixierung eher berechtigt. Heute aber sind Moskau und das politische Leben auf der Bundesebene für das Land nicht mehr repräsentativ. Die Politik auf dieser Ebene vollzieht sich mehr oder weniger vor den kritischen Augen der nationalen und internationalen Presse und Öffentlichkeit und achtet auch deshalb meist die selbstgewählten demokratischen Spielregeln, zumindest formell. Die Vorgänge in der Provinz stehen für die überregionalen russischen und die internationalen Medien im Schatten der Vorgänge auf föderaler Ebene und werden zu wenig beachtet. In den regionalen Medien wiederum können sie sehr häufig nicht mit der nötigen Offenheit und Objektivität analysiert und dargestellt werden. So entsteht weder national noch international eine Vorstellung von den aus den Regionen drohenden Gefahren für die demokratische Entwicklung Rußlands.

Während es in der Sowjetzeit sozusagen ein einheitliches Niveau der Abwesenheit von Demokratie gab, besteht heute im Land ein starkes Gefälle der Demokratisierung zwischen föderaler, regionaler und lokaler Ebene, außerdem zwischen einzelnen Regionen. Die in den Regionen vielfach behinderte Medien- und Informationsfreiheit hat nicht nur zur Folge, daß sich die dortigen Machthaber einer öffentlichen Rechenschaftspflicht für ihr Handeln oft mit Erfolg entziehen, sondern sie erleichtert es ihnen auch, in ihren Regionen eigene Normen und Regeln einzuführen, die föderalen Normen widersprechen: Der mittlerweile vielbeklachte Zerfall des "einheitlichen Rechtsraums Rußland" – richtiger wäre "weitere rechtliche Auseinanderentwicklung", da es die Einheitlichkeit de facto nicht einmal in der Sowjetzeit gab – und das innerstaatliche demokratische Gefälle sind heute in regionalen Normen (Verfassungen der 21 Republiken, Statuten der Gebiete, in der regionalen Gesetzgebung und Rechtsprechung), die massenhaft im Widerspruch zu Bundesnormen stehen, fixiert und zementiert. Nach der überwiegenden Meinung der Staatsbediensteten und der Vertreter der regionalen Elite wird etwa die föderale Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgesetzgebung "im wesentlichen nicht befolgt", und die obersten Bundesbehörden haben die Kontrolle über die Lage im Land fast oder völlig verloren.¹⁸

Die Frage, wie man die durch die rechtliche Desintegration akut bedrohte staatliche Einheit ohne Rückfall in eine neue Diktatur retten und einen funktionierenden Bundesstaat herstellen kann, in dem Bundesrecht vor Regionalrecht geht, wird heute häufig und mit zunehmender Besorgnis diskutiert: "Die verschiedenen Teile des äußerlich noch geeinten Rußlands leben bereits nach eigenen Normen und Regeln. Eine solche Vielfalt wäre nur zu begrüßen, wenn sie sich nicht – und das ist besorgniserregend – im wesentlichen darauf reduzieren würde, daß der insgesamt als frei deklarierte Staat in einzelne Territorien zerfällt, die sich im Grad dieser in der betreffenden Gegend zugelassenen Freiheit unterscheiden."¹⁹ Der stellvertretende Vorsitzende des Dumausschusses für Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik, W. Lyssenko, formulierte 1998 seine Sorge um Demokratie und staatlichen Zusammenhalt in

¹⁸ Vgl. V. Bojkov, Rossijskaja bjurokratija ne ljubit režim, ktoromu služit, in: Sg, 11.3.1999.

¹⁹ A. Plutnik, V demokratičeskoj Rossii opasno imet' demokratičeskie ubeždenija. Naš kommentarij, in: Iz, 11.6.1998.

Rußland ähnlich: "Als Ergebnis der nunmehr fünfjährigen Existenz der Verfassung der RF lebt die Mehrzahl der Föderationssubjekte nach ihren eigenen Statuten und Verfassungen. Die Folge ist, daß die Exekutive vor Ort die gesetzgebenden Versammlungen unter sich begraben hat. Ja, mehr noch: In einer Reihe von Regionen haben sich Regimes einer Personalmacht gebildet, die die oppositionelle Presse und überhaupt die Opposition liquidiert haben."²⁰

Die in den Zitaten indirekt und direkt angesprochene zentrale Rolle freier Medien als Instrument zur Kontrolle der Mächtigen, zur Durchsetzung der in der russischen Verfassung niedergelegten demokratischen Standards und damit einer landesweit einheitlichen demokratischen Verfassungswirklichkeit als Voraussetzung des dauerhaften staatlichen Zusammenhalts bringt der Medienbeobachter N. Vajnonen auf den Punkt: "Man kann über die Methoden, wie man den einheitlichen Informationsraum Rußland erhält, streiten, aber eines ist außer Zweifel: ohne einen solchen Raum wird es auch kein geeintes Land geben."²¹

Aber dieser junge "einheitliche Informationsraum", der sich bislang noch gar nicht zu voller Blüte entwickeln konnte, ist heute durch die geschilderten Vorgänge in den Regionen der Zerstörung ausgeliefert. Während man den Zerfall des alten "einheitlichen Informationsraums" sowjetischen Typs nur begrüßen konnte, muß man den des neuen "einheitlichen Informationsraums" in Rußland bedauern – nicht nur, weil er einen auch für die internationale Staatengemeinschaft gefährlichen Rückschlag in der demokratischen Entwicklung Rußlands bedeutet, sondern auch, weil er den geistigen, kulturellen und politischen Zusammenhalt Rußlands bedroht und dessen Auseinanderfallen in eine Reihe mehr oder minder undemokratisch verfaßter Entitäten – etwa nach dem Vorbild Weißrußlands unter Lukaschenka oder Serbiens unter Milošević – begünstigt.²²

Der stellvertretende Chef der privaten Medienholding "Media-MOST", W. Kostikow, hat diesen Zusammenhang sehr eindrücklich formuliert: "Die Zerstörung des einheitlichen Informationsraums führt bei der Bevölkerung zu einer Verwischung der Vorstellung von Rußland als einem geeinten Vaterland. Daraus ergeben sich dann Schwierigkeiten bei der Darstellung und dem Verständnis des Kerns einer nationalen Strategie und nationaler Interessen. ... Wir werden immer mehr mit der Schwierigkeit konfrontiert, eine konsolidierte öffentliche Meinung zu wichtigen Fragen, wie das Land leben soll, zu bilden. Hierher rühren der militante Regionalismus, der lokale Führerkult, die Opposition der Regionen gegen das Zentrum. Der Zerfall des Informationsraums führt zu einem allgemeinen Absinken des kulturellen Niveaus der Nation. Die Weltsicht wird verwaschen, u.a. die Weltsicht der Intelligenzija – sie macht einer primitiven, populistischen Auffassung komplizierter Dinge Platz. Daraus ziehen die Spekulanten der KPRF und die National-Sozialisten Nutzen, die die Lehren der sowjetischen Geschichte in jeder Weise verdrehen und die wahren Ursachen für

²⁰ V. Lysenko, *Ukrepljat' Federaciju, ukrepljaja Konstituciju*, in: *Rossijskie regiony*, 7, 1998, S. 15-16, hier: S. 16.

²¹ N. Vajnonen, *Snova i snova: nužen zakon v ěfire, a ne ěfir v zakone*, in: *Žurnalist*, 8, 1998, S. 10-11, hier: S. 11.

²² Vgl. P. Bizyukov, *Auf dem Weg zum "weißrussischen Modell"*. Der Oblast' Kemerowo unter Gouverneur A. Tuleev, *Aktuelle Analysen des BIOst*, 26, 1999.

die Krise der Nation und des Landes falsch darstellen. Für sie ist das Hauptereignis des 20. Jahrhunderts der Oktoberumsturz von 1917 – obgleich doch für alle Welt offenkundig ist, daß dies eine nationale Tragödie für Rußland war. Der Verlust des einheitlichen Informationsraums, das faktische Verschwinden der nationsweiten Zeitungen hat dazu geführt, daß die Bevölkerung es schwer hat, die Existenz nationaler Gefahren festzustellen und sich ihrer bewußt zu werden. ... Die Unmöglichkeit, eine qualitätvolle gesamtnationale Presse zu lesen, die lokalen Orientierungen mit den gesamtrussischen in Beziehung zu setzen, kann äußerst negative politische Folgen bei den nächsten allgemeinen Wahlen haben. Es kann zu einer abrupten Wendung in Richtung primitiver politischer Sympathien kommen."²³

Dieses Statement, das das Fortbestehen des "einheitlichen Informationsraums" als Grundlage eines adäquaten gesamtstaatlichen Bewußtseins und einer gesamtstaatlichen Verantwortung der Bevölkerung mit dem Fortbestehen einer qualitativen überregionalen Presse verbindet und die elektronischen Medien unerwähnt läßt, fußt zweifellos auf der Tatsache, daß die Presse allgemein und insbesondere die überregionale Presse in Rußland traditionell und bis zu ihrem ökonomischen Niedergang in den neunziger Jahren bei der Bildung eines staatlichen Identitätsgefühls und -bewußtseins die wichtigste Rolle gespielt hat. Seit dem Niedergang der Printmedien kommt diese Rolle aber verstärkt den elektronischen Medien, insbesondere dem Fernsehen zu, das für 75% der Bevölkerung zur Hauptquelle politischer Information – weit vor der Presse und dem Rundfunk – geworden ist. Vor allem der halbstaatliche Sender ORT, der staatliche Sender RTR und der Privatsender NTV sorgen mit ihren großen Reichweiten (ORT: 98,9% der Bevölkerung der Russischen Föderation; RTR: 96,6%; NTV: 75%) für die Aufrechterhaltung eines gewissen "einheitlichen Informationsraums".²⁴ Allerdings ist daraus noch nicht zu schließen, daß das Fernsehen zu einem angemessenen gesamtstaatlichen Problembewußtsein bei der Bevölkerung im Sinne Kostikows führt. Dagegen spricht vor allem der durch repräsentative Umfragen ermittelte Umstand, daß das Vertrauen in die Medien in den letzten Jahren rapide geschwunden ist: Während in der Mitte der neunziger Jahre noch 45% der Befragten den Medien vertrauten, waren es Anfang 1999 nur noch 26%; 42% mißtrauten ihnen. Dieses Mißtrauen richtet sich insbesondere gegen die analytischen Sendungen der führenden TV-Sender ORT, NTV und RTR, die eigentlich prädestiniert sind, ein adäquates gesamtstaatliches Bewußtsein zu erhalten. Der Vertrauensverlust hängt in erster Linie mit der heute verbreiteten Überzeugung zusammen, Medien seien nicht objektiv, weil sie lediglich das Sprachrohr ihrer privaten oder staatlichen "Herren" seien.²⁵ Dieses Mißtrauen gerade gegenüber den landesweit präsenten zentralen TV-Sendern ist eine schlechte Basis, um ein nüchternes gesamtstaatliches Problembewußtsein in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und zu entwickeln. Der Dumawahlkampf 1999 in den zentralen TV-Sendern hat gezeigt, daß es mit Hilfe demagogischer Sendungen, groben Fälschungen und verdeckten Appellen an

²³ V. Kostikov, Imperator i solov'i, in: NG, 4.3.1998.

²⁴ Vgl. hierzu: P. Hübner, Der Medienkampf Jelzin-Putin-Beresowskij gegen Lushkow-Primakow-Gussinskij. Seine Folgen für die Duma- und Präsidentschaftswahlen. Teil I und II, Aktuelle Analysen des BIOst, 5 und 6, 2000. Hier: Teil I, S. 1-2.

²⁵ Hierzu: Ebd., Teil I, S. 4-5.

rassistische (antitschetschenische) Ressentiments möglich ist (siehe auch oben), ein fehlgeleitetes, aber wahlentscheidendes gesamtstaatliches Problembewußtsein zu erzeugen, das diesmal dem neuen starken Mann Putin zugute kam. Ein solches gesamtstaatliches Bewußtsein kompensiert die von Kostikow beschriebene Degradation politischen Bewußtseins zum Primitivismus keineswegs, sondern hebt sie, was schlimmer ist, im Gegenteil auf ein gesamt nationales Niveau.

Der Zerfall des geistigen, nationalen Zusammenhalts Rußlands, eine Folge der Auflösung des einheitlichen demokratischen Informationsraums und der damit eng zusammenhängenden innerstaatlichen Desintegration Rußlands in Regionen ganz unterschiedlichen (un)demokratischen Niveaus, ist ein schleichender Vorgang, der – zumal in den Regionen – verdrängt wird und verdrängt werden kann, weil niemand – außer Tschetschenen und einigen Nordkaukasiern – glaubhaft den Austritt aus Rußland und die Auflösung des Staatsverbandes betreibt. Während Rußland im Bewußtsein der Bevölkerung immer mehr zu einer abstrakten Größe wird (und auch wegen sehr teurer und schlechter Verkehrsverbindungen sowie des dadurch bedingten Schwundes verwandtschaftlicher Bindungen quer durch das Land immer weniger physisch als Einheit erfahrbar ist) und während Moskau als das notwendige einigende und einzige reale Zentrum und Symbol der staatlichen Einheit immer stärker relativiert wird, nehmen Regionen zunehmend den Charakter von Vaterländern an. Auch ökonomisch motivierte Zusammenschlüsse mehrerer Regionen schwächen als dezentrale Kraftzentren die Position des Zentrums. Ein Denken in Abgrenzungskategorien gegenüber freieren und unfreieren oder konkurrierenden Nachbarregionen breitet sich nicht nur in den national definierten Republiken Rußlands aus.

Je länger die tatsächliche Desintegration und das mentale Auseinanderleben unter Aufrechterhaltung der staatstragenden Fiktion von der Einheit und Größe Rußlands anhalten, desto unwahrscheinlicher wird das, was man eine nationale Wiedervereinigung Rußlands nennen könnte. Die deutsche Erfahrung lehrt, daß selbst bei ausgesprochenem Widerwillen gegen die erzwungene Teilung, einem dadurch stark stimulierten Einheitswillen in der Bevölkerung von BRD wie DDR und einem geradezu als familiär beschworenen Zusammengehörigkeitsgefühl ("Brüder und Schwestern") dennoch relativ schnell tiefgreifende unterschiedliche Identitätsvorstellungen entstehen, die erst dann manifest werden und sich sogar vertiefen, wenn die Einheit zum Ernstfall wird. In Rußland fehlt der Einheitsstimulus der geteilten Nation – es schmerzt allenfalls die staatliche Trennung von Weißrußland, die ein beiderseitiges populäres Wiedervereinigungsstreben ausgelöst hat. Der mentale Zerfall der Einheit Rußlands und die fortschreitende Bildung regionaler Identitäten werden dagegen nicht problematisiert, sondern von der beruhigenden Gewißheit der noch bestehenden staatlichen Einheit Rußlands überlagert, die ein falsches Bewußtsein von der Einheit und Größe Rußlands suggeriert. Das schnelle Auseinanderbrechen des Sowjetimperiums und das noch schnellere der Sowjetunion – und des ehemaligen wie des restlichen Jugoslawien – sollte eine Lehre sein, wie vergänglich solche Einheitsfiktionen sein können. Es ist eine Frage der Zeit, wie lange die russische Einheitsfiktion noch der Realität der zunehmenden Desintegration standhält und ob es dann noch einen demokratischen Weg zu einer echten Einheit, zur Wiedervereinigung Rußlands geben wird. Im Fall eines nichtdemokratischen

Wiedervereinigungsversuchs ist es jedenfalls denkbar, daß Regionen, die schon einen höheren Demokratisierungsgrad erreicht haben und nicht wieder in eine überwundene Epoche zurückfallen wollen, sich einem von einer autoritären neuen Moskauer Führung ausgehenden Wiedervereinigungsdruck massiv widersetzen. Zwang würde die Spaltung vertiefen.²⁶

Das Beispiel Tschetschenien zeigt indessen, daß die Moskauer Führung sowohl unter Jelzin wie unter Putin bereit ist, gegen die weitere Desintegration des Landes und gegen die staatsrechtliche Umsetzung regionaler Identitäten nicht nur administrative, ökonomische und kaderpolitische Maßnahmen, sondern sehr schnell auch brutale militärische Gewalt einzusetzen. Vor dem Hintergrund der geschilderten Desintegrationstendenzen scheint die Annahme nicht abwegig, daß die abschreckende Behandlung Tschetscheniens andere Föderationssubjekte davon abhalten soll, die Desintegration des Landes durch zentrifugale Bestrebungen weiterzutreiben. Wenn Putin seine derzeitige Hauptaufgabe in der Reintegration des Landes sieht – darauf weisen einige seiner Funktionen in der Vergangenheit, aber auch neuere Aussagen hin –, so dürfte ihm allerdings klar sein, daß die Wiederholung des tschetschenischen militärischen Reintegrationsexempels, falls es überhaupt zum gewünschten Ergebnis führt, im Falle anderer abtrünniger Föderationssubjekte kaum vorstellbar ist.

Die Wiedervereinigung Rußlands kann dauerhaft nur auf freiwilliger, d.h. demokratischer Basis geschehen. Ausgehen müßte sie von einer vom Zentrum tatkräftig unterstützten Herstellung der Medien- und Informationsfreiheit in den Regionen. Nur dann kann sich der Wille der Bevölkerung artikulieren, nur so werden politische Veränderungen auf freiwilliger demokratischer Grundlage möglich. Die zum Teil massiven Interessengegensätze hätten dann die Chance, durch Argumente und Kompromisse gelöst zu werden. Eskalationen zu weiterer Gewalt, sei es staatlicher oder gesellschaftlicher Art, könnten leichter abgewendet werden.

Es deutet allerdings derzeit wenig darauf hin, daß von der Moskauer Führung eine Weiterentwicklung und Absicherung der Medien- und Informationsfreiheit im Zentrum und in den Regionen zu erwarten wäre. Es wurden und werden vielmehr unter Jelzin und nun Putin Vorkehrungen getroffen und Instrumente geschaffen, um die Medien- und Informationsfreiheit zu überwachen und einzuschränken, mit dem Ziel, landesweit einer Exekutive-nahen Informationspolitik zur Dominanz zu verhelfen. Dies hat sich besonders deutlich seit 1998 im Vorfeld der Duma- und Präsidentschaftswahlen 1999/2000 gezeigt: Neben der Bildung eines staatlichen Medien-Superkonzerns EPTK (Einheitlicher Produktions- und Technologiekomplex, 1998, s.u.) wären hier zu erwähnen: die Gründung des "Allrussischen Technischen Informationskanals" (OTIK) zur satellitengestützten Gratisübermittlung offizieller Informationen an Multiplikatoren (Medien) in der Provinz (1998); die (Wieder-)Errichtung eines zentralen Medienministeriums (Juli 1999) und eines ihm angeschlossenen,

²⁶ Zu dieser Problematik vgl. V. Belov, *Zadača – reformirovanie institutov vlasti*, in: NG, 23.2.2000 (elektr. Version). Nach Belov kann der physische Zerfall Rußlands nur mit einer Beschneidung der Demokratie verhindert werden, konkret über die allmähliche Entrechtung des Föderationsrats und eine Verfassungsreform. Wie diese Selbstbeschneidung der Regionen, der sie ja zustimmen müßten, allerdings konkret rechtlich umzusetzen wäre, bleibt völlig unklar.

aber vom russischen Militär kontrollierten "Russischen Informationszentrums" (RIC, Oktober 1999) zur Filterung der für Putin als Präsidentschaftskandidat wichtigen Informationen über den Tschetschenienkrieg; der Kampf gegen den einflußreichen Kreml-kritischen TV-Sender NTV und andere Kreml-kritische Medien.²⁷

Vor allem von Journalisten getragene Ansätze für eine positive Entwicklung demokratisch orientierter Medien in den Regionen gibt es dagegen viele. Das zeigt vor allem der zähe Widerstand von Journalisten in den Regionen. Sie werden dabei durch eine Reihe von Hilfsorganisationen wie die "Stiftung zum Schutz der Glasnost", durch demokratische Politiker im Zentrum und in den Regionen, durch Moskauer Medien, die die Unterdrückung in den Regionen immer wieder aufgreifen und publik machen, unterstützt. Die "demokratischen" überregionalen Moskauer Medien selbst haben dagegen zur Zeit wenig Chancen, Standards der Medien- und Informationsfreiheit unmittelbar durch ihre Präsenz und in Konkurrenz zu den regionalen Medien in die Regionen hineinzutragen: Die überregionale Moskauer Presse ist aus den erwähnten Gründen (siehe oben) und insbesondere seit der Finanzkrise 1998 heute dort kaum noch präsent. Die Entwicklung regionaler Ausgaben überregionaler Presseprodukte kommt aus ökonomischen Gründen nur schwer voran. Die überregionalen Moskauer elektronischen Medien wiederum sind nicht in der Lage, regionale Machtstrukturen ausführlich und kritisch zu begleiten, wie es für eine effektive Kontrolle durch die Medienöffentlichkeit nötig wäre. Die Bildung des staatlichen Medienkonzerns EPTK (1998) auf der Basis der einzigen, noch vollständig staatlichen Rundfunk- und TV-Gesellschaft VGTRK (Vserossijskaja gosudarstvennaja telewizionnaja i radioveščatel'naja kompanija) und aller 99 regionalen staatlichen Rundfunk- und TV-Gesellschaften und ihrer technischen Einrichtungen mit dem Ziel, Moskauer Politik in den Regionen eine bessere Resonanz zu verschaffen, krankt – außer an Geldmangel – am zum Teil von regionalen Machthabern unterstützten Widerstand der regionalen staatlichen Mediengesellschaften gegen den Moskauer Superkonzern.²⁸ Hinzu kommt das Problem, daß hier von Staats wegen Moskauer Standpunkte auch zur Regionalpolitik verbreitet werden sollen, die in der Regel in den Regionen a priori auf Mißtrauen stoßen. Größere Akzeptanzchancen haben in den Regionen Regionalprogramme bzw. -sender unabhängiger privater Gesellschaften wie NTV, TNT (beide zu Media-MOST gehörig), TV-6, die ihre Netze vor allem in den Regionalzentren ausbauen und von hier aus ein immer zahlreicheres Publikum erreichen. Aber diese Gesellschaften und Sender können sich ebenfalls nicht vollständig vom Einfluß der regionalen Machtstrukturen freihalten, denn auch sie sind bei der Gestaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten (Redaktionsräume, Sendemöglichkeiten, Informationsbeschaffung, Energieversorgung etc.) von deren Wohlwollen abhängig.

Die regionalen und lokalen Medien sind sehr oft starken Pressionen vor Ort ausgesetzt. Sie und ihre Unabhängigkeit könnten heute auch aus dem Ausland noch stärker publizistisch, vor allem aber materiell unterstützt werden – z.B. durch Übernahme von Kosten für

²⁷ Zu den einzelnen Maßnahmen vgl.: P. Hübner, Der Medienkampf, a.a.O., Teil II, S. 1-5.

²⁸ Dazu: Ebd., Teil II, S. 4.

Telekommunikationseinrichtungen (Telefon, Fax, Email, Internet), Mieten, Überlassung von Drucktechnik, Werbeaufträge, Auslandsaufenthalte regionaler Journalisten und Medienleute.

Die Entwicklung der Medien- und Informationsfreiheit in den Regionen ist eine fundamentale Voraussetzung für die Entstehung der Demokratie von unten, ohne die ein demokratisches, national und staatlich geeintes Rußland und eine "civil society" nicht denkbar ist.

Peter Hübner

Russia a Decade after the End of the Soviet Information Dictatorship

Have Freedom of Information and Democracy Failed? Is the Unity of the State Crumbling?

Bericht des BIOst Nr. 2/2000

Summary

Introductory Remarks

This report analyses serious deficiencies in the sphere of freedom of information and of the media in today's Russia after the end of the Soviet information dictatorship. Deficiencies in what is an essential component of democratic development pose a threat not only to democracy but also to the national and state unity of Russia, something to which Europe and the West cannot be indifferent.

Findings

1. A central, if not the central instrument used by the Soviet regime to hold on to power was the (attempted) total and systematic control over information. It exercised this control by centralising the gathering and dissemination of information of any kind and in any form and rigorous elimination of any competing sources of information as centres of potential opposition. The latter practice was the real cause of the manifold and systematic violations of human rights that took place in the Soviet Union and in its sphere of hegemony. A guiding authority defined the necessary criteria for the evaluation, filtering and dissemination of information in order to ensure uniformity and attainment of certain aims. The adherence to these criteria was centrally monitored. That authority was the top party leadership and finally the top party leader.

Stalin constituted the supreme ideological authority with the power to issue guidelines. He was a kind of "coryphaeus of scholarship" also of principles in individual scientific disciplines and a god-like "leader" and "father" of the international proletariat and the Soviet people. He thus embodied the extraordinarily powerful ultimate authority in this information hierarchy.

However, this monopolistic information hierarchy, which could only be maintained by force, violence and the threat of violence and therefore deserves the term information dictatorship, was never absolute. There were always areas that remained uncontrolled. The persecution of all kinds of dissenters, social groups and even whole peoples as well as those who split off from the Soviet bloc makes this evident. Stalin's death in 1953

accelerated the decline of the information dictatorship, above all because the supreme authority on truth, which such a system needed, had disappeared. After Stalin's death the struggle for succession began amid uncertainty and doubt about the right way. Khrushchev's secret speech in 1956 signified a turning away from Stalin and his terror regime. People began to regain the courage to think about alternatives.

With the help of dissidents, Western radio stations and the CSCE process, the decline of the Soviet information dictatorship continued, albeit with many setbacks. Gorbachev's policy of glasnost was a last attempt to allow the CPSU to take the lead in combating the scientific and technical isolation and economic decline to which the counter-productive information dictatorship had led, without, however, threatening its power monopoly. On the contrary, Gorbachev's idea was to regain the Party's lost authority through greater openness. Gorbachev's purely functional understanding of glasnost and his half-heartedness were clearly evident in his attempts to soften the ban on censorship contained in the Soviet Media Law of 1990 and even to suspend the law altogether when the threat to the Soviet system posed by the unforeseen expansion of glasnost became apparent. Glasnost did not, however, allow itself to be contained within the functional boundaries envisaged for it. Ultimately it eliminated the CPSU's information monopoly, which had already been considerably eroded. The foundations on which the power of the CPSU, the Soviet Union and the Soviet empire rested were thus destroyed. When the Soviet system came to an end the conditions for the development of democracy appeared favourable. But nine years after the end of the Soviet Union and ten years after the end of the Soviet information dictatorship, there still seem to be major obstacles to democracy in Russia.

2. The extremely sluggish and in some respects questionable implementation of the provisions of the Russian Constitution of 1993, which envisaged a democratic and federal state based on the rule of law, have aroused disillusion, disappointment and mistrust among the population. People are particularly mistrustful of democratic institutions, of "democratic" politicians, indeed of democracy in general and of politics and politicians on the whole. These sentiments have been systematically exploited by anti-democratic forces, communists and nationalists for their own purposes.

In seeking to explain the reasons for and the nature of the current deplorable state of affairs and deficiencies which of course must be done before a solution can be sought, two quite different aspects of the problem become apparent: one is openly or implicitly racial, the other historical. While there is a certain amount of overlap between the two, they can also be treated separately.

The assertion that democracy is a Western invention and as such fundamentally unsuitable for Russia ("Russia is different" and must therefore follow its own special path) has a racial basis, for "Russia" in this context can only mean the "Russians" themselves, who are regarded as unsuitable for or incapable of democracy. Seeing this idea in purely racial terms is something that is done consistently only by extremist groups, who see the Russians' different nature (for different, read superior), which they allegedly share with other Slavs, Balts, Germanic peoples and other light-skinned peoples, as threatened by a

democratic onslaught from Jews, Caucasians, Asians and other coloured peoples. Such openly or implicitly racial views are particularly prevalent among large political parties like the CPRF and the LDPR and their voters but are widespread elsewhere too. As the role played by anti-Chechen prejudice in the 1999 Duma elections showed, these sentiments can even be used to decide the outcomes of elections.

Racially-based special path ideologies stand in contrast to other lines of argumentation which attribute the delay in bringing about democratic reforms in Russia to the particular historical path that Russia has followed. These discern a long autocratic, anti-democratic continuum stretching back, with only partial and periodic interruptions, to the late antiquity and continuing right up to the present day. From this it is often deduced that the Russians have developed a kind of historical long-term memory out of which the "Russian mentality" has evolved. From this mentality follows the special historical development. From here it is only one step further to the special path ideologies with their racial undertones.

This may be countered by the assertion that, as history has shown, even if a country has a long undemocratic history this does not mean that it is incapable of democracy. It seems more convincing to argue that the delay in implementing democratic reforms is due to the more recent and decisive influence of the Soviet era, which stopped democratic ideas taking hold in people's consciousness and is therefore proving to be a particular obstacle to democracy in areas where the central structures of the old system based on the control of information still need to be broken up.

3. Gorbachev's popular policy of glasnost and the Soviet and Russian media laws (of 1990 and 1991, respectively) offered an opportunity for the mass media to become an instrument for public control over politicians and therefore over democratization. However, so far the standards of freedom of media and information emanating from Moscow have failed to take hold in most fragments of the broken empire. What is more, they have run into considerable difficulties in Russia itself, above all in the Russian regions and, to an increasing extent, in Moscow itself. The central Moscow press, which had set the tone and the standards of press freedom since Gorbachev's glasnost, almost totally disappeared from the provinces in the course of the 1990s for economic reasons. This was compounded by a growing psychological distance between the provinces and Moscow. In the regions, regional media have become ever more broadly disseminated but at the same time have fallen under the influence of and become dependent on regional administrations that are in many cases authoritarian. The state of freedom of media and of information in the regions has deteriorated steadily in recent years on account of an increase in restrictive measures of a legal administrative, economic, judicial and criminal nature, carried out above all by regional executives against the media.
4. This means that in many regions freedom of media and of information can contribute only in a very limited way to the progress of democratization. This is a grave danger that has been underestimated both in the West and in Russia itself. The result is a considerable different level of democratization within Russia, a collapse of uniform legal standards

throughout Russia and a tendency towards the establishment of authoritarian regional regimes à la Lukashenka or Milošević that are not controlled either by parliaments or by the public – i.e., the media. Through the decline of Moscow as the centre and the symbol of Russian unity the national and state unity of Russia are being undermined by gradual disintegration and a militant regionalism. The regions and republics are becoming their own fatherlands. At the same time, the unity and greatness of Russia are still seldom treated as a problem in public discussion and have therefore increasingly become a fiction that ignores reality. It is only a question of time how long this fiction of unity will stand up to the reality of internal disintegration. Whether there will then still be a chance of reuniting Russia in a peaceful and democratic way remains to be seen. Any attempt by the centre to reunite the country by means of pressure or force would be likely to run into resistance and would widen the gap. The second war in Chechnya demonstrates, however, that the Kremlin is even prepared to risk bringing about reintegration using military force – with an entirely unpredictable outcome. Peaceful reintegration, without violence, a real reunification of Russia, is only possible on a voluntary, democratic basis. A precondition for this would have to be the creation of freedom of media and of information in the regions. There are signs that this is beginning to happen, but the process requires far more support from Moscow and from democratic governments abroad in order to counter the pressure from regional politicians hostile to democracy. Without democratization from the bottom upwards, a democratic Russia with a national and state unity and with a "civil society" is inconceivable.